

## **Besuch des FDP Bundestagskandidaten in Querfurt**

Zu einem Gedankenaustausch trafen sich der Geschäftsführer der TEHA Group Jochen Conrad sowie Herr Dockhorn mit dem Bundestagskandidaten für den WK 74 Andreas Silbersack begleitet vom Vorstand des Ortsverbandes Querfurt in den Geschäftsräumen der TEHA Group am Döcklitzer Tor.

Nach kurzer gegenseitiger Vorstellung der Gesprächspartner führten zahlreiche Themen, die beeinflussbar von der Politik das Unternehmen und seine Mitarbeiter beeinträchtigen, zu einem rege geführten Austausch, der insbesondere die liberalen Standpunkte dazu verdeutlichen sollte.

Zu Beginn stand die "Lohntüte der Mitarbeiter" im Vordergrund. "Mindestlohn ist kein Thema für uns. In den letzten Jahren ist der Lohn meiner Mitarbeiter um ca. 33 % gestiegen - im Netto kommt davon nichts an, das Honorieren besonderer Leistungen versendet" so Conrad. Die finanzielle Entlastung der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter steht nach wie vor vorn auf der Agenda der Liberalen. Die Befreiung vom Soli kann den Finanzspielraum für Unternehmen und Mitarbeiter zugleich vergrößern. Ungeteilt ist die Meinung auch über die Absenkung der Beiträge für die Sozialversicherung sowie übriger Steuern.

Umfangreich wurde über die Wertschätzung des Ehrenamtes in der Gesellschaft diskutiert.

Conrad benennt den Umfang von 55 seiner Mitarbeiter, die sich für Kinder und Jugendliche im Sport einsetzen und für die eine Aufwertung ihrer Arbeit nötig ist." Das umfasst auch die Feuerwehren und andere Hilfsorganisationen, für die der Gesetzgeber zukünftig eine angepasste Gesetzeslage schaffen muss", so Silbersack.

Kritisiert wird einvernehmlich der Umfang an Bürokratie und die Zwangsmitgliedschaft in diversen Einrichtungen und Verbänden. Eine halbe Arbeitskraft bindet allein die monatliche Berichterstattung der die TEHA Group nachgehen muss.

Unternehmerisch positiv bewertet werden die bestehende Investitionsförderung für produzierendes Gewerbe und die geschaffene Infrastruktur, was von beiden Seiten als ausbaufähig angesehen wird.

Der liberalen Forderung nach einem Einwanderungsgesetz wird seitens des Unternehmens zugestimmt - klare Rahmenbedingungen müssen her und es muss deutlich gesagt werden, was geht und was nicht.

Auch das Thema Bildung blieb nicht auf der Strecke - "es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der Sekundarschule und dem Gymnasium der Stadt sowie mit der Fachhochschule in Merseburg. Bildung soll und muss zukünftig eine Aufgabe des Gesamtstaates werden, ein Wettbewerb der Bundesländer untereinander schwächt den Bildungsstandort Deutschland. Die auszubildende Jugend muss so auszurichten, dass Firmengründungen, Firmenführung und -entwicklung in Einklang mit der Anspruchshaltung der jungen Generation stehen, ist durch Rahmenbedingungen der Politik zu unterstützen.

Ein Betriebsrundgang bildete den Abschluss der Gesprächsrunde.

Reinhard Spilke